

Offener Brief an Martin Schulz, Präsident des europäischen Parlaments, nach seinem Besuch in Kolumbien

21. Februar 2013

Sehr geehrter Herr Martin Schulz,

die unterzeichnenden Organisationen begrüßen Ihre Reise als Präsident des europäischen Parlaments nach Kolumbien. Wir sehen darin ein Zeichen für die Wichtigkeit, die dieses Land für das europäische Parlament hat.

Wir begrüßen außerdem Ihre öffentliche Unterstützung für den Friedensprozess, der zurzeit zwischen der kolumbianischen Regierung Juan Manuel Santos Calderón und der FARC-EP Guerilla stattfindet sowie Ihren Aufruf zur Freilassung der durch die Guerilla entführten Personen. Als soziale und Menschenrechtsorganisationen haben wir die Notwendigkeit betont, dass die EU den Friedensprozess unterstützt, damit dieser sich zu einem dauerhaften Frieden entwickeln kann, in dem die Menschenrechte respektiert werden, unabhängig von den möglicherweise auftretenden Schwierigkeiten während des Prozesses.

Wir bedauern jedoch, dass die dramatische Menschenrechtssituation, die Kolumbien durchlebt, weder in Ihrem Statement vom 15. Februar noch in Ihrem Interview mit der Tageszeitung El Espectador vom 17. Februar Erwähnung findet.

Sie erinnern in Ihrem Statement daran, dass das europäische Parlament – indem es das Freihandelsabkommen mit Kolumbien ratifiziert hat – sich auch dazu verpflichtet, „dem Respekt für die Menschenrechte und die Umwelt mittels der dafür vereinbarten Roadmap“ besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Es ist überflüssig, daran zu erinnern, dass der Artikel 1 des Vertrags den Respekt für die Grundrechte als essentielles Element der Vereinbarung herausstellt. Diese Verfügungen stellen das europäische Parlament mit der Verantwortung und Legitimität aus, die Situation der Menschenrechte in Kolumbien eng zu verfolgen und sich darüber zu äußern, wenn die Situation dies erfordert. Wir erinnern an den Artikel 2 Punkt 5 des Lissabon-Vertrags, demzufolge die EU *„in ihren Beziehungen zur übrigen Welt (...) einen Beitrag [leistet] zu Frieden, Sicherheit, globaler nachhaltiger Entwicklung, Solidarität und gegenseitiger Achtung unter den Völkern, zu freiem und gerechtem Handel, zur Beseitigung der Armut und zum Schutz der Menschenrechte, (...) sowie zur strikten Einhaltung und Weiterentwicklung des Völkerrechts (...)“*

Deshalb erlauben wir uns, im Folgenden einige Elemente herauszustellen, die die gravierende Menschenrechtssituation in Kolumbien veranschaulicht. Wir glauben, dass diese Situation es erforderlich macht, dass Sie als Präsident des europäischen Parlaments, Ihre größte Sorge über diese Situation öffentlich kundtun.

- **Allein im Januar 2013 wurden nach Angaben der Gerichtsmedizin 950 Fälle von Verschwundenen gemeldet. Von diesen werden 474 Fälle (273 Männer und 201 Frauen) Taten zugerechnet, die im gleichen Monat geschahen.** *„Die Mehrzahl der Fälle steht im Zusammenhang mit Entführungen und gewaltsamem Verschwinden-Lassen.“¹* Die Zahlen des Nationalen Instituts der Gerichtsmedizin sprechen bis zum 31. August 2012 von einer Gesamtzahl von 18.638 gewaltsam Verschwundenen. Zusätzlich wird von einer großen Dunkelziffer ausgegangen.

¹ [El Tiempo, 474 personas desaparecieron en el primer mes del 2013, 5. Februar 2013.](#)

- In ihrem Bericht vom November 2012 stellt das Büro der Staatsanwaltschaft des IStGH fest, dass es „eine angemessene Grundlage existiert anzunehmen“, dass die verschiedenen Akteure des bewaffneten Konflikts (Guerilla, Paramilitärs y staatliche Akteure) Taten begangen haben, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen darstellen. Seitens der staatlichen Sicherheitskräfte fallen darunter Morde (außergerichtliche Hinrichtungen), gewaltsames Verschwinden-Lassen und sexuelle Gewalt. Seitens der Guerillagruppen FARC und ELN und der paramilitärischen Gruppen fallen u.a. darunter Morde, gewaltsames Verschwinden-Lassen, sexuelle Gewalt, Geiselnahme sowie Rekrutierung, Musterung und anderweitige Nutzung von Kindern.
- Personen, die angesichts dieser Situation aktiv werden, sind weiterhin Opfer von Übergriffen:
 - **Am 13. Februar wurden auf das Auto des Priesters Alberto Franco drei Schüsse abgegeben.** Herr Franco ist der gesetzliche Vertreter der Ökumenischen Kommission Gerechtigkeit und Frieden (CIJP), die sich für die **Rückgabe von Land** in verschiedenen Teilen Kolumbiens einsetzt sowie für die Erlangung von **Wahrheit, Gerechtigkeit und Erinnerungsarbeit**. In der gleichen Woche des Angriffs fanden vor dem Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof Anhörungen z.B. zum Fall Marino López statt, in denen die CIJP die Gemeinden des Cacarica Flussbeckens gegenüber dem kolumbianischen Staat vertritt.
 - **Am 12. Februar wurde der Indigene Omner Guejia Taquinás**, Mitglied der Gemeinschaft Nasa Yu'luuɣx (Las Minas) **ermordet**. Omner Guejia wurde von einer Person auf einem Motorrad gerammt, die ihn dann in den Kopf schoss.
 - **Am 11. Februar wurden die Menschenrechtsverteidigerinnen Gloria Amparo Suárez** (gesetzliche Vertreterin) **und Yolanda Becerra Vega** (nationale Direktorin) der Frauenorganisation Organización Feminina Popular von einem Unbekannten auf einem Motorrad **bedroht**. In den vorangegangenen Monaten hatte Yolanda Becerra Vega eine wichtige Rolle bei Organisationsbemühungen auf lokaler und nationaler Ebene zur Umsetzung der **Rechte von Opfern auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Entschädigung** gespielt.
 - **Am 7. Februar wurde Alba Mery Chilito ermordet, eine der Großmütter der Opfervereinigung von Trujillo.** Alba Mery war 68 Jahre alt. Im Kontext des Massakers von Trujillo wurden vier ihrer Angehörigen, u.a. ihre Tochter, zum Verschwinden gebracht und ermordet. Sie füllen die Reihen der 342 Todesopfer von Paramilitärs, Drogenhändlern und Angehörigen von Polizei und Armee, die in diesem Zusammenhang zwischen 1988 und 1994 registriert wurden. Alba Mery kämpfte für die Wahrheit.
 - **Am 6. Februar informierte der Abgeordnete Iván Cepeda**, Ko-Präsident der Friedenskommission des kolumbianischen Kongresses, die Öffentlichkeit **über einen Mordplan gegen ihn**. Cepeda hatte den früheren Präsidenten Kolumbiens, Alvaro Uribe Vélez, beim IStGH angezeigt.
 - **Am 24. Januar erhielt Martha Elena Díaz Ospina eine Todesdrohung der paramilitärischen Gruppe „Los Rastrojos“.** Díaz Ospina ist Gründerin und Präsidentin des Zusammenschlusses von *Familien vereint in einem einzigen Schmerz* (AFUSODO). Die Organisation unterstützt die Mütter der Personen, die durch die Hände der staatlichen Streitkräfte zum Verschwinden gebracht wurden. AFUSODO ist Mitglied der Bewegung der Opfer von Staatsverbrechen, Zweig Atlantikküste.

- Die Angriffe gegen Gewerkschaftsmitglieder dauern an:
 - **Am 30. Januar wurde Elizabeth Gutiérrez ermordet.** Sie war Lehrerin und **aktive Gewerkschafterin.**
 - **Am 28. Januar geriet der Gewerkschafter Juan Carlos Pérez Muñoz** auf dem Weg von seinem Haus zur Arbeit **in einen Hinterhalt. Fünf Heckenschützen töteten ihn** mit sieben Schüssen. Er hatte den Zuckerrohrschneidern dabei geholfen, sich zu organisieren, um einen Zweig der Gewerkschaft der Arbeiter der industriellen Landwirtschaft SINTRAINAGRO zu gründen.
 - **Im Januar erhielten der Präsident Igor Díaz López und der Kassenwart Aldo Raúl Amaya Daza der Nationalen Gewerkschaft der Arbeiter der Kohleindustrie (SINTRACARBON) während eines Streiks telefonische Todesdrohungen.** Sie hatten seitens der Gewerkschaft mit dem Unternehmen Cerrejón verhandelt und auch auf die Präsenz von bewaffneten Männern in der Nähe ihrer Häuser hingewiesen.

Der jüngste Bericht des Programms Somos Defensores (Wir sind Menschenrechtsverteidiger), der während Ihres Aufenthalts in Kolumbien vorgestellt wurde, verweist auf einen **Anstieg der Übergriffe gegen Menschenrechtsverteidiger/innen (MRV)**. Im Laufe des Jahres 2012 wurden insgesamt 357 MRV Opfer von gegen sie gerichteten Übergriffen, was einen Anstieg von 49% gegenüber dem Vorjahr (239) bedeutet. 2012 wurden 69 MRV ermordet, 20 mehr als 2011 und bedeutet, dass fast alle fünf Tage ein/e MRV ermordet wird.

Im Dezember 2012, als das europäische Parlament das Freihandelsabkommen mit Kolumbien und Peru ratifizierte, verabschiedete Kolumbien auf Initiative der Regierung eine Verfassungsreform, die die Zuständigkeit der Militärgerichtsbarkeit ausweitet. Dies geschah, obwohl renommierte nationale und internationale Organisationen die Reform angeprangert hatten, sie seitens zahlreicher Menschenrechts-Mechanismen der Vereinten Nationen infrage gestellt worden war und das Interamerikanische Menschenrechtssystem dazu aufgerufen hatte, sie zurückzuziehen.

Deshalb meinen wir als soziale Organisationen, als europäische und kolumbianische Bürgerinnen und Bürger, dass Sie als Präsident des europäischen Parlaments – einem Organ, das darauf abzielt ein standhafter Verteidiger der Menschenrechte zu sein, gewählt von den europäischen Bürgerinnen und Bürgern – angesichts dieser schrecklichen Situation nicht stillschweigen können.

Wir sind der Ansicht, dass die EU gemäß ihrer Grundprinzipien über den Respekt für die universell anerkannten Menschenrechte wachen sollte und deshalb auch dafür eintreten, dass Wirtschaftsinteressen nicht die vorherrschenden Interessen in den Beziehungen der EU zu Drittländern sind. Uns beunruhigt das Stillschweigen der EU gegenüber den unzähligen Menschenrechtsverletzungen, die täglich in Kolumbien registriert werden. Wir hoffen, dass seitens der Präsidentschaft des europäischen Parlaments nach der Rückkehr aus Kolumbien diese Gewalttaten nicht übergangen werden und auch die Petitionen all jener Menschenrechtsverteidigerinnen und Verteidiger Gehör finden, die um klare und überzeugende Statements der EU bitten, die ihre Arbeit unterstützen und die jede Form der Gewalt gegen sie zurückweisen.

Mit freundlichen Grüßen

Es zeichnen:

Europäische Netzwerke und Organisationen

- ABColombia (5 Organisationen aus Großbritannien und Irland)
- Centre National de Coopération au Développement-11 11 11 / CNCD-11.11.11 (Netzwerk von ca. 90 NRO der Entwicklungszusammenarbeit, der Bildungsarbeit und Gewerkschaften in Belgien)
- Grupo Sur(Netzwerk aus 11 europäischen NRO)
- Internacional Office on Human Rights – Action Colombia ODHACO (Europäisches Netzwerk mit mehr als 30 Mitgliedsorganisationen aus 9 EU Mitgliedsländern, der Schweiz und Norwegen)
- Plataforma Estatal por la Paz y los Derechos Humanos en Colombia (50 NRO des Spanischen Staates, zusammengeschlossen in:
 - o Coordinación Valenciana de Solidaridad con Colombia (CEAR-PV, CEDSALA, CEPS, Colectivo Sur-Cacarica, Entreiguales-Valencia y la Intersindical Valenciana);
 - o Coordinadora Catalana por la Paz y los Derechos Humanos en Colombia;
 - o Kolektiba Colombia-País Vasco;
 - o Mesa de Apoyo a la Defensa de los Derechos Humanos de las Mujeres y la Paz en Colombia;
 - o Plataforma Andaluzade Solidaridad con Colombia;
 - o Plataforma Asturiana por la Paz y los Derechos Humanos en Colombia;
 - o Plataforma Justicia por Colombia (CEAR, Paz con Dignidad, IEPALA, MUNDUBAT, Ecologistas en Acción, OSPAAAL, Comité Oscar Romero de Madrid),
 - o Red Canaria por los Derechos Humanos en Colombia
- Platform of European Development Organizations in Colombia – PODEC
- Taula Catalana per la Pau i els Drets Humans a Colòmbia (Estado Español)

- Action des chrétiens pour l'abolition de la torture – ACAT (Frankreich)
- CCFD (Frankreich)
- Christian Aid (Großbritannien und Irland)
- Colectivo Maloka Colombia (Spanischer Staat)
- Colectivo de Mujeres Refugiadas y Exiliadas en España (Spanischer Staat)
- ConexxEurope (Belgien)
- Cooperació (Spanischer Staat)
- Cordaid (Niederlande)
- Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. –fdcl (Deutschland)
- Fundación Mundubat-Mundubat Fundazioa – (Spanischer Staat)
- IEPALA (Spanischer Staat)
- Informationsgruppe Lateinamerika - Grupo de Información sobre América Latina –IGLA (Österreich)
- Iniciativa Solidaria Internacionalista de Burgos (Spanischer Staat)
- Intal (Belgien)
- Internationaler Versöhnungsbund Österreichischer Zweig - Movimiento Internacional de Reconciliación (Österreich)
- kolko – Menschenrechte für Kolumbien (Deutschland)
- Kolumbiengruppe e.V (Deutschland)
- Observatorio por la Autonomía y los Derechos de los Pueblos Indígenas en Colombia (Spanischer Staat)
- Protection International
- Soldepaz Pachakuti (Spanischer Staat)

- Solidarité Socialiste (Belgien)
- Swedish Fellowship of Reconciliation SweFOR (Schweden)
- Transnational Institute - TNI (Niederlande)

Kolumbianische Netzwerke und Organisationen

- Alianza de Organizaciones Sociales y Afines por una Cooperación Internacional para la Paz y la Democracia en Colombia (Netzwerk aus 125 NRO – von denen viele mehreren Netzwerken angehören)
- Asamblea Permanente de la Sociedad Civil por la Paz (Netzwerk zu Friedensarbeit, in dem verschiedene Landesregionen und gesellschaftliche Sektoren repräsentiert sind)
- CLADEM, Comité latinoamericano y del Caribe para la defensa de los Derechos de las mujeres
- Coordinación Colombia-Europa-Estados Unidos (Zusammenschluss aus 221 NRO im Menschenrechtsbereich)
- Plataforma Colombiana de Derechos Humanos, Desarrollo y Democracia (pluralistisches, autonomes Netzwerk aus über 100 NRO, sozialen und Basisorganisationen)
- Red Colombiana de Acción Frente al Libre Comercio y el Alca, Recalca
- Asociación de campesinos de Ituango (ASCIT)
- Asociación Campesina del Norte de Antioquia ASCNA
- Asociación de Familias Unidas por un Solo Dolor – Afusodo
- Asociación Sindical de Profesores Universitarios, Seccional Universidad de Nariño –Aspunar
- Centro de Estudios del Trabajo, Cedetrabajo
- Colombian Commission of Jurists, CCJ
- Comité Permanente por la Defensa de los Derechos Humanos Héctor Abad Gómez
- Corporación para el Desarrollo Regional
- Corporación Minga
- Corporación Reiniciar
- Corporación Yira Castro
- Enda América Latina-Colombia
- Fundación Guagua
- Fundación Nydia Erika Bautista
- Fundación Sumapaz - Antioquia
- ILSA: Instituto Latinoamericano para una sociedad y un derecho alternativos
- Promopaz – Santander
- Rostros & Huellas del Sentir Humano "Garifuna"
- Sol y Tierra